

**Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über Betreuungs- und  
Pflegeleistungen, Drucksache 19/3743, Marjana Schott  
13.12.16**

**Die LINKE lehnt den Gesetzentwurf der Landesregierung ab und stimmt dem  
Änderungsantrag der SPD zu.**

**Unsere Kritikpunkte und Alternativen**

**1. § 2 Geltungsbereich: ambulante trägerorientierte Wohngemeinschaften**

Zu diesem Thema haben sich alle Verbände bei der Anhörung eindeutig geäußert, wir haben alle eine Vielzahl von Schreiben bekommen, die auf die Notwendigkeit hinweisen, dass diese Wohngemeinschaften ausdrücklich vom Gesetz erfasst werden, aber nicht als stationäre Einrichtungen gelten sollen.

Es gibt so gut wie keine trägerorientierten ambulanten Wohngemeinschaften in Hessen. Es ist aber doch das Interesse der älteren Menschen und ihrer Angehörigen geeignete Wohnformen zu finden und möglichst selbstbestimmt zu leben. Solche Wohngemeinschaften können eher als stationäre Einrichtungen das gewohnte Leben in einem familiären Umfeld abbilden.

Ich frage die Landesregierung, warum es so schwierig ist hier eine Lösung zu finden?

Beispielsweise hat Rheinland-Pfalz ein Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur (LPflegeASG) vom 25. Juli 2005 und ein Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (LWTG) vom 22. Dezember 2009. Bei letzterem finden Sie unter § 5 Einrichtungen mit besonderer konzeptioneller Ausrichtung, das sind u.a. betreute Wohngruppen für nicht mehr als zwölf pflegebedürftige volljährige Menschen oder nicht mehr als acht volljährige Menschen mit Behinderungen, die in der Verantwortung eines Trägers stehen und in denen die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Anbieterinnen und Anbietern von Pflege-, Teilhabe- und anderen Unterstützungsleistungen und Verpflegung gewährleistet ist.

Der Patientenbeauftragte und Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, fragt, ob die Situation in Hessen mit der Intention des Bundesgesetzgebers in Einklang gebracht werden muss. Da bin ich ja mal gespannt, was die Bundesregierung macht, wenn die Landesregierung sich weiterhin weigert. Ich zitiere aus seinem Schreiben an den Staatssekretär Dr. Dippel vom November: Wenn die mit der beabsichtigten Änderung des Hessischen Heimgesetzes fortgeschriebene Gleichsetzung von Wohngruppen mit stationären Pflegeeinrichtungen dazu führt, dass in der Praxis der Ausbau anbieterverantworteter Wohngemeinschaften behindert wird und ein solches Alternativangebot faktisch gar nicht entsteht, sollte nachgesteuert werden.“

Der Vorschlag der SPD wäre eine solche Lösung.

**2. Für Selbstbestimmung und gegen Gewalt**

Wir möchten bei § 8 auf den Vorschlag des BdB zurückkommen:

Herr Kalteier hat eine Formulierung vorgeschlagen: „Einrichtungsträgerinnen und -träger haben sicherzustellen, dass eine auf eine möglichst selbstbestimmte Lebensführung ausgerichtete und die persönlichen Freiheit der untergebrachten Person achtende pflegerische Versorgung möglich ist und gerichtlich genehmigte freiheitsentziehende Maßnahmen nach § 1906 BGB auf das notwendige Maß beschränkt werden können. ...“

Er hat in der Anhörung eindrücklich dargestellt, dass immer noch zu viele Fixierungen und Freiheitseinschränkungen in den Pflegeeinrichtungen stattfinden, obwohl es genügend Alternativen gibt. Diese benötigen aber mehr Personal und mehr Aufmerksamkeit durch die Landesregierung. Beispielsweise sollte die Landesregierung die nötige Expertise zur Verfügung stellen und die Einrichtungen dazu bewegen, dass sie andere Lösungen in den konkreten Fällen finden.

Deshalb sind wir nicht der Meinung der SPD, dass dieser Absatz wegfallen soll, weil die freiheitsentziehenden Maßnahmen durch Gerichte genehmigt werden. Natürlich ist das so, allerdings sollten die Einrichtungen ein großes Interesse an der Beschränkung und möglichst Vermeidung haben. Da gibt es eine Reihe von pflegerischen Maßnahmen, die helfen können, ob es Maßnahmen der Sturzprophylaxe, Pflegenester, bessere Ansprache der betreuten Personen, um die Unruhe abzubauen, etc. ist. Dieser Paragraph sollte zur ständigen Ermahnung im Gesetz stehen.

### **3. Fachkräfte in der Pflege**

Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass es mehr Pflegekräfte in den stationären Einrichtungen gibt. Wenn der hessische Pflegemonitor (2014) davon spricht, dass 4570 Pflegefachpersonen in Hessen fehlen, dann ist das ein echtes Problem. 2557 sind Altenpflegekräfte. Eine deutliche Mahnung an die Politik wie die Pflegeeinrichtungen ist die Flucht in die Teilzeitarbeit, dies sind im stationären Pflegebereich bereits mehr als die Hälfte der Fachkräfte. Nicht einmal die Nachfrage nach Lehrkräften kann in Hessen gedeckt werden, da gibt es 86 offene Stellen. Zusätzlich werden in den nächsten Jahren viele Pflegekräfte altersbedingt ausscheiden. Der Druck in der Pflege nimmt weiter zu, fehlende Kräfte führen zu Arbeitsverdichtung, zu hohen Krankheitsquoten, die zu weiterer Arbeitsverdichtung führen. Freizeitphasen können nicht mehr eingehalten werden, die Mitarbeiter\_innen werden aus dem Frei gerufen, sie haben keine Möglichkeit mehr für eine Gestaltung ihres Familien- und Privatlebens.

Deshalb begrüßen wir den Vorschlag der SPD einen neuen Paragraphen mit einer Fachkraftquote und eine Personalmindestquote einzuführen. Allerdings bleibt die Mindestzahl der in der Einrichtung beschäftigten Kräfte unbestimmt und soll erst in einer Rechtsverordnung festgelegt werden.

DIE LINKE sieht als notwendig an, eine Fachkraftquote von mindestens 50 Prozent, erhöhte Nachtschichtbesetzungen, gendergerechte, kultursensible und palliative Pflegeleistungen abgesichert werden. In Anpassung an den erhöhten Pflegeaufwand und die steigenden Qualitätsanforderungen durch die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist dringend auf eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte hinzuwirken.

### **Weiterer Änderungsantrag der SPD**

Angehörigenbeirat soll weiterhin gebildet werden (LR will Kann-lösung).